

17. Mai 2011, 13:24, NZZ Online

Gebührenzahler machen Druck auf SRG

Petition für tiefere Empfangsgebühren eingereicht



Initiantin Rickli
(rechts) mit ihren
Mitsstreiterinnen.
(Bild: Keystone/Lukas
Lehmann)

Die Radio- und Fernsehgebühren sollen in der Schweiz auf 200 Franken pro Jahr gesenkt werden. Dies fordert die Billag-Petition, die am Dienstag mit über 143'000 Unterschriften eingereicht wurde. Von der SRG wird eine Straffung des Programms verlangt.

uhg./sda Die Aussage war deutlich genug: «Die SRG soll zuerst ihre Hausaufgaben machen, bevor sie wieder in neue Gefilde vorstösst», wetterte Tamedia-CEO Martin Kall am Luzerner Swiss Media Forum. Es könne nicht sein, dass das grösste Medienunternehmen der Schweiz 2010 rote Zahlen geschrieben habe, während Medienhäuser wie die NZZ, Tamedia oder Ringier erfolgreich gewirtschaftet hätten.

Der Zorn der Verleger richtet sich gegen den Versuch der SRG, in ihrem Internet-Auftritt Werbung zu schalten und damit im Wachstumsmarkt der Verlage ebenfalls tätig zu werden. Der SRG droht aber noch von einer weiteren Seite Ungemach: Der am Dienstag eingereichten Billag-Petition.

Über 143'000 Unterschriften konnten die SVP-Nationalrätin Natalie Rickli und Francisca Brechbühler vom Komitee «Bye Bye Billag» sammeln. Auch die Präsidentin der Jungfreisinnigen, Brenda Mäder, unterstützt das Anliegen, das eine Reduktion der Radio- und Fernsehgebühren von momentan 463 Franken auf 200 Franken pro Jahr fordert.

SRG-Generaldirektor Roger De Weck bemerkte zwar unlängst, dass auch eine Internet-Petition zur Reduktion der SBB-Tarife sehr gute Chancen hätte, die notwendige Mehrheit zu erreichen. Ganz wohl dürfte es der SRG-Spitze aber dennoch nicht sein, da bei vielen Gebührenzahlern erheblicher Unmut herrscht.

Zustimmung bei den Jungen

Die geplante Billag-Volksinitiative, die ursprünglich auf eine Facebook-Gruppierung zurückgeht, scheint vor allem bei der Jugend auf breite Resonanz zu stossen. Auf dem Unterschriftenbogen

prangen denn auch die Logos der Jungfreisinnigen, der Jungen SVP und der Jungen CVP sowie der Aktion «Bye Bye Billag». Dies verwundert nicht weiter, da sich die Mediennutzung der Jugendlichen immer stärker ins Internet verlagert.

Das Komitee kritisiert das zu grosse Angebot der SRG. Zur Erfüllung des Auftrags brauche es nicht so viele Radio- und Fernsehkanäle, sagte Rickli. Man müsse Angebote, die auch von Privaten realisiert werden können, auch diesen überlassen. Mit dieser Position steht Rickli, die beruflich für die Goldbach Group tätig ist, nicht alleine da.

Überflüssig sind für Brenda Mäder, Präsidentin der Jungfreisinnigen, zum Beispiel Reisesendungen oder Serien wie «Desperate Housewives». Solches gehöre nicht zum Service Public, künftig sei der Auftrag klar abzugrenzen.

Keine geräteunabhängige Gebühr

Neben tieferen Gebühren fordert das Komitee auch, dass Personen und Firmen, die weder Radio noch Fernsehen konsumieren, keine Gebühren zahlen müssen. Damit macht es Druck auf das Parlament.

Dieses hat im Grundsatz bereits beschlossen, dass künftig jeder Haushalt und jedes Unternehmen Gebühren bezahlen soll - unabhängig davon, ob ein Empfangsgerät vorhanden ist. Den Systemwechsel hält die Mehrheit im Parlament für angebracht, weil Radio- und TV- Programme heute auch über Internet und Handy konsumiert werden können.

Umstrittene Ausnahmen

Über Ausnahmen von der allgemeinen Gebührenpflicht verhandeln die Räte noch. Das Komitee um Rickli will dafür kämpfen, dass für eine Befreiung von den Gebühren die Erklärung genügt, man konsumiere kein Radio und Fernsehen. «Wir gehen davon aus, dass die Schweizerinnen und Schweizer ehrlich sind», sagte Rickli.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/schweiz/billag_1.10608315.html